

Studie

Digitales Deutschland 2020

[05.11.2013] Empfehlungen für die Gestaltung des digitalen Fortschritts in Deutschland soll die Studie „Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020“ liefern, welche das Bundesinnenministerium jetzt vorgestellt hat.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat die Studie „Zukunftspfade Digitales Deutschland 2020“ veröffentlicht. Für die Studie, die vom BMI gemeinsam mit den IT-Beauftragten der Länder Bayern, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen in Auftrag gegeben worden war, hat TNS-Infratest mehr als 500 Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft befragt. Ziel der Untersuchung ist es, Impulse für die Digitalisierung in Deutschland zu setzen und dabei auch den föderalen Gedanken zu stärken. „Wir brauchen eine digitale Strategie, um die Chancen der zunehmenden Vernetzung aller Lebensbereiche optimal nutzen zu können. Mit Blick auf die beginnende Legislaturperiode im Bund ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Aufgabe und Rolle des Staates bei der Gestaltung der Digitalisierung in einem breiteren Kreis zu erörtern. Die Expertenstudie unterbreitet dazu erste Vorschläge“, erklärte die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe. Wie das BMI weiter mitteilt, rückt die Studie neben den digitalen Trends in Politik und Verwaltung auch Grundlagenthemen wie Infrastruktur, Souveränität, Sicherheit und Datenschutz, sowie die digitalen Lebenswelten der Bürger (Verwaltung, Arbeit, Verkehr und Mobilität, Umwelt und Energie, Gesundheit und Kultur) in den Fokus der Betrachtung. Nach Ansicht der befragten Experten muss sich das Engagement des Staates auf die Basisthemen „Digitale Infrastruktur“, „Digitale Souveränität“ sowie „Informationssicherheit und Datenschutz“ konzentrieren. Im föderalen Kontext solle der IT-Planungsrat bei der Gestaltung der Digitalisierung eine treibende Rolle als gestaltende Kraft und Koordinator einnehmen.

Der flächendeckende Ausbau von leistungsfähigen Breitband-Anschlüssen hat dabei nach Ansicht von Professor Dieter Rombach, geschäftsführender Leiter des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering IESE höchste Priorität. Rombach, der zu den befragten 500 Experten zählte, forderte, dass für alle Haushalte und Unternehmen in Deutschland ein barrierefreier Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anbindungen garantiert werden sollte. Das volkswirtschaftliche Potenzial einer solchen Infrastruktur könne allerdings erst durch geeignete Applikationen, wie beispielsweise E-Government-Angebote oder integrierte Ökosystem-Anwendungen in den Bereichen Gesundheit sowie Energie und Umwelt ausgeschöpft werden. Außerdem müsse das Vertrauen in die Verlässlichkeit der neuen, datenintensiven Anwendungen durch eine starke IT-Sicherheit und hohen Datenschutz sichergestellt werden. Unerlässlich sei darüber hinaus die Einrichtung eines nationalen Kompetenzzentrums für „breitbandbasierte digitale Innovation“. Rombach geht sogar noch einen Schritt weiter: „Die nationale Bedeutung des Themas ‚breitbandbasierte digitale Gesellschaft‘ ist so fundamental, dass dieses durch ein eigenes Ministerium für Digitale Innovation repräsentiert werden sollte.“

(bs)

Stichwörter: Politik, Studie, Breitband, Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe, Dieter Rombach